

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Die Kommunalpolitik ist der Ernstfall der Demokratie“. Dieses Zitat vom damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau finden Sie zukünftig stets im Kopf unseres Informationsblattes.

Es ist in aller Munde, dass sich die Welt im Moment schnell und nachhaltig verändert. Selten ist damit aber gemeint, was direkt bei uns vor der Haustür passiert. Dabei wissen wir genau, dass das, was Politik vor Ort entscheidet, einen direkten Einfluss auf unseren Alltag, unseren Kiez und unsere Mitmenschen hat. Eine mutige Kommunalpolitik kann Treiberin für Innovation, Modernisierung und Fortschritt sein. Aber sie muss sich gleichzeitig auch viel intensiver mit Widerspruch und Diskussionen auseinandersetzen – echte, gelebte Demokratie also. Das Gute: Sie als Bürger*innen, in Vereinen und in Initiativen können mitgestalten und haben einen Platz am Tisch, denn Sie sind die Expert*innen ihres Alltags. Dies ist unser Handlungsleitfaden für die Arbeit der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), also dem kommunalen Parlament hier in Steglitz-Zehlendorf. Das gelingt vor allem auch durch die Unterstützung von Carolina Böhm, unserer erfolgreichen Stadträtin für Jugend und Gesundheit, die von Lichterfelde West aus unsere Bezirksbürgermeisterin werden soll. Auch ich möchte mein Mandat in der BVV für Sie fortsetzen. Das gleiche gilt für Martin Matz, der Lichterfelde und einen Teil von Zehlendorf erfolgreich im Abgeordnetenhaus vertritt. Sie helfen uns, wenn Sie uns bei der Wahl am 20. September unterstützen.

Demokratie heißt mitmachen, mitdiskutieren und mitentscheiden. Diese Demokratie heißt es gegen ihre Feind*innen heute mehr denn je zu verteidigen. Lassen Sie uns also in Gespräch kommen!

Ihr

Alexander Niessen

Co-Vorsitzender SPD Lichterfelde West

Frühlingserwachen in Lichterfelde

Petra Hauschulz

Laubharken, Stühle rücken, Kinderlachen: Lichterfelde erwacht aus dem Winterschlaf. Und wir staunen, wie sich auf den von Anwohnerinnen und Anwohnern liebevoll gepflegten Plätzen die Krokusse und Tulpen aus der Erde schieben, die Spielplätze und die Stühle vor den Cafés sich bevölkern. Für mich sind vor allem die blühenden Kastanienbäume der Inbegriff des Frühlings in Lichterfelde-West.

Schätzen Sie einmal: Wie viele Kastanienbäume stehen entlang der Lichterfelder Straßen? (Lösung s. unten). Die grauen, im Winter wie tot wirkenden Riesen bilden wieder klebrige Knospen, aus denen erst zarte Blätterfächer und dann die imposanten Blütenkerzen wachsen. Also alles wie jedes Jahr? Nicht ganz. In Berlin gelten 90 % der Rosskastanien als schwer geschädigt! Schuld ist nicht das Alter, sondern vor allem unser Umgang mit den alten Riesen: Wurzel- und Rindenschäden (Pilzbefall!) durch zu dicht parkende schwere Fahrzeuge, Hitzestress, Abgase sowie klimabedingtes Austrocknen tiefer Bodenschichten. „Günstige“ Klimabedingungen findet auch die Miniermotte, die seit einigen Jahren das Blätterdach und damit die Vitalität der Bäume extrem schädigt. Kurz und schlecht: Die ca. 700 Lichterfelder Kastanien sind nicht mehr zu retten. Unvorstellbar? Inakzeptabel? Finden wir auch!

Wollen wir unser Leben aber unverändert weiterführen, müssen wir hinnehmen, dass in unseren Straßen bald keine alten Bäume mehr stehen. Oder wir retten, was zu retten ist! Deshalb hat sich die Berliner SPD sehr für das BäumePlus-Gesetz stark gemacht. Angeregt von der Initiative „Berliner BaumEntscheid“ soll das im November 2025 beschlossene Gesetz trotz hoher Kosten dem Baumverlust entgegenwirken. Intensivere Pflege des Bestands sowie umgehende Nach-



und Neupflanzungen sind Waffen im Kampf gegen Überhitzung und Luftverschlechterung in Berlin. Auch sie werden aber 50 bis 100 Jahre brauchen, um zu imposanten Schattenspendern zu werden. Rosskastanien werden das nicht mehr sein, sondern Arten, die dem Klimawandel besser Rechnung tragen.

Sie hätten gerne doch noch eine Weile die alten Bäume? Sie können helfen: Parken Sie Ihr Auto nicht auf dem unbefestigten Wurzelbereich! Hundekot (-beutel) und Urin gehören nicht auf die Baumscheiben! Fegen Sie das trockene Laub weg (schwarze Tonne!), auch wenn es nicht in Ihrem Garten liegt. Auch große Bäume sind bei Trockenheit dankbar für eine Ration Wasser! Und wir, die SPD Lichterfelde West, werden uns dafür einsetzen, dass für jede gefälltte Kastanie zügig (gemäß Baumgesetz) drei neue Bäume (davon 1 Straßenbaum) gepflanzt werden

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:

Abteilung Lichterfelde West der SPD
www.spd-lichterfelde-west.de
ViSdP: Alexander Niessen,
SPD-Kreisbüro
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Telefon: 76 67 985 4 (Kreisbüro)
E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Fotos: s. Quellenangaben,
S.1 und 6: Redaktion

Nein, „Ubuntu“ ist keine Wohlfühl-droge, und hier geht es auch nicht um das gleichnamige LINUX-Betriebssystem. Der aus der Bantusprache stammende Begriff „Ubuntu“ steht für eine afrikanische Philosophie des Zusammenlebens der Menschen in Gemeinschaften.

Seine Übersetzung: „*Ich bin, weil wir sind*“ bringt die Einsicht des Individuums der Abhängigkeit der eigenen Existenz von den Mitmenschen und zugleich sein Bekenntnis zu dieser Gemeinschaft auf den Punkt. Einer Gemeinschaft, auf deren Unterstützung man sich verlassen kann. Einer Gemeinschaft, die durch Solidarität, Respekt und Mitmenschlichkeit verbunden ist und in der jedes einzelne Mitglied Verantwortung übernimmt, dass diese Werte von allen gelebt und gewahrt werden.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes dürften „Ubuntu“ wohl kaum im Sinn gehabt. Und sie folgten auch keiner sozialistischen Doktrin haben, als sie der Sozialbindung des Eigentums in Artikel 14 und der „sozialen Marktwirtschaft“ in Artikel 20 Verfassungsrang gaben. Eigentum und eine freie Entfaltung des Kapitals zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand eng mit der Verantwortung zu verknüpfen, allen Mitgliedern unserer Gesellschaft unabhängig von ihren Beiträgen zu diesem Wohlstand eine sichere Existenz zu ermöglichen, hat sich als erfolgreiches Gesellschaftsmodell bewährt.

Ein wesentlicher Garant für diesen Erfolg ist das Solidaritätsprinzip und dessen Verwirklichung im Kontext unterschiedlichster gesellschaftlicher Bereiche. Ob mit der Tarifautonomie und der paritätischen Mitbestimmung im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ob in den Systemen der gesetzlichen Sozialversicherungen oder bei der Übernahme staatlicher Aufgaben durch gemeinnützige Organisationen, ja, sogar bei der gesetzlichen Kfz-Haftpflichtversicherung - überall gilt das Prinzip, in

solidarischer Weise die Interessen und Bedürfnisse von Menschen in der Gemeinschaft mit anderen zu wahren, sie davor zu schützen, durch ein Raster zu fallen und ihre individuelle Existenz zu sichern.

Sind wir also nah dran an „Ubuntu“? Im Prinzip ja, und doch verschieben sich zunehmend die Grenzen zwischen Allgemeinwohl und individuellen Ansprüchen. Im klaren Gegensatz zum solidarischen „Ich bin, weil wir sind“ scheint der lockere Spruch „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist auch an alle gedacht“ immer mehr die Haltung vieler Menschen gegenüber der Gesellschaft zu prägen.



Es wäre jedoch ein gefährliches Missverständnis anzunehmen, die Summe unterschiedlicher Einzelinteressen ergebe das Gemeinschaftsinteresse. Das Gegenteil ist der Fall.

Eine vorrangige Bedienung von Einzelinteressen zulasten der Gemeinschaft und ohne Blick auf das Ganze gefährdet das für eine nachhaltige Prosperität erforderliche Gleichgewicht von stabiler Wirtschaft, sauberer Umwelt sowie sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Deshalb ist die Erhaltung – oder besser: die Wiederherstellung - dieses Gleichgewichts und seine nachhaltige Absicherung aktuell die große Herausforderung und eine der wichtigsten Aufgaben von Politik. Und das nicht nur, weil es ein Verfassungsgebot ist, sondern vor allem für die Stärkung unserer Resilienz und die

Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

In einer idealen „Ubuntu“-Welt würden sich Einsichten durchsetzen bzw. politisch gefördert werden, dass insbesondere die Starken in einer Gemeinschaft gefordert werden müssen, ihre Potenziale für deren Erhalt einzubringen, was auch der Sicherung ihrer eigenen Existenz dient. Der weitaus größten Gruppe der leistungsbereiten und -fähigen Menschen würden positive Perspektiven und Anreize vermittelt, sich der Überwindung wechselnder und schwieriger Herausforderungen motiviert zu stellen. Den Schwachen würde nicht nur Sicherheit und Fürsorge ga-

rantiert, sondern auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten Wege zur gesellschaftlichen Teilhabe und Selbstbestimmung eröffnet.

Natürlich gibt es keine ideale „Ubuntu“-Welt - weder in Afrika noch beim untauglichen Versuch, das bei uns lange als idealtypisch geltende Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ mit einer solch sympathischen afrikanischen Philosophie zu unterfüttern.

Ein schöner Gedanke wäre es aber schon, wenn es gelänge, mit ein „bisschen mehr Ubuntu“ unser aller Empfinden für die Vorteile von Solidarität, Gemeinschaftssinn und Eigenverantwortung für das Ganze wieder zu stärken und ihnen als Prinzip wieder Geltung bei unseren Entscheidungen und unserem Handeln zu verleihen – in der Familie, im Bekanntenkreis, aber vor allem in der Politik und im gesellschaftlichen Umfeld.

Dabei geht es nicht, wie derzeit vielfach zu hören ist, um „Neiddebatten“ oder um die Renaissance eines nachweislich gescheiterten Sozialismus. Auf dem Prüfstand steht unser Erfolgsmodell der solidarischen Gesellschaft – nicht mehr und nicht weniger.

Vielleicht kann „ein bisschen mehr Ubuntu“ dann am Ende aber doch auch bei uns allen ein Wohlgefühl auslösen.

Der etwas andere Jahresauftakt 2026 - Mein Blick zurück als Bezirksstadträtin

Carolina Böhm

Den 3. Januar 2026 und die darauffolgenden Tage werden wir ganz sicher alle sehr in Erinnerung behalten. Der größte Stromausfall seit Bestehen der Bundesrepublik ereignete sich in Steglitz-Zehlendorf. Ausgelöst durch einen terroristischen Brandanschlag auf die Technikbrücke über den Teltowkanal waren innerhalb weniger Stunden ca. 45.000 Haushalte ohne Strom. Und nicht nur die Haushalte, die öffentliche Infrastruktur, Geräte, Geschäfte, Laternen, Ampeln, nichts ging mehr an diesem Samstag.

Am meisten beeindruckt haben mich in diesen fünf Tagen die Leistungen der Mitarbeitenden von Stromnetz Berlin. Sie haben Tag und Nacht gearbeitet, um zum einen prioritär den Strom in Lichterfelde Süd wieder her zu stellen. Dort, in der Thermometersiedlung leben über 4000 Menschen in Hochhäusern, die ohne Strom größtenteils ohne Hilfe ihre Wohnungen nicht mehr hätten verlassen können. So wurden sehr rasch 7000 Haushalte wieder an den Strom angeschlossen. Ebenso beeindruckt hat mich der schnelle Aufbau des Krisenstabes im Rathaus Zehlendorf. Samstagvormittag waren alle versammelt, unsere Beschäftigten, die Feuerwehr, die Polizei und auch die Bundeswehr hatte bereits eine Vertretung entsandt. Ab dann waren Rathaus und Krisenstab 24 Stunden rund um die Uhr besetzt, bis zur Auflösung am 9. Januar 2026.

Zur Organisation des Krisenstabes gehört es umgekehrt auch, dass Personal aus unserer Verwaltung in die Stäbe der Feuerwehr und der Polizei aufgenommen wird, ebenfalls im 24 Stunden Einsatz.

All das funktionierte reibungslos. Die Hilfsorganisationen wurden aktiviert, dies wird durch die Feuerwehr gesteuert, um die Notstromversorgung in der kritischen Infrastruktur sicher zu stellen. Für Menschen, die die Notunterkünfte aufsuchten, musste Verpflegung bereitgestellt und es mussten Transporte organisiert werden.



Wir verschafften uns einen Überblick über die Situation der Krankenhäuser, der Pflegeeinrichtungen und der sonstigen kritischen Infrastruktur. Eine Telefonhotline wurde eingerichtet, die ebenfalls rund um die Uhr besetzt war.

Dann war klar, dass der Stromausfall für die verbliebenen Haushalte bis Donnerstag andauern würde. Vor diesem Hintergrund wurde der Sonntag zu einem entscheidenden Tag, denn wir diskutierten mit der

Landesebene darüber, ob und wann die Großschadenslage ausgerufen wird. Die Ausrufung der Großschadenslage ist die Bedingung dafür, dass die Hilfsorganisationen ihre freiwilligen Mitarbeitenden von den Arbeitsplätzen abberufen dürfen, das gilt auch für weite Strecken der Feuerwehr!

Nur in einer Großschadenslage darf Unterstützung von anderen Bundesländern angefordert werden. Also stand am Sonntag die gesamte Hilfsstruktur, die in 24 Stunden aufgebaut worden war, auf dem Spiel.

Es folgten Telefonkonferenzen und intensive Gespräche mit der Innensenatorin, dann wurde die Großschadenslage ausgerufen und wir wussten, wir können uns auf den Apparat verlassen!

In dieser großen Krise haben in unserem Bezirk sehr viele Menschen bewiesen, dass Sie füreinander da sind, haben Nachbarn geholfen, ohne groß zu fragen.

Die Kirchengemeinden sind unterwegs gewesen, genau wie die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes und der Polizei, um nach Haushalten zu schauen, die sich nicht alleine helfen können. Alle Hilfsorganisationen waren vor Ort, ebenfalls immer rund um die Uhr!

Diese Bilder bleiben im Gedächtnis und geben mir Sicherheit und Kraft – in der Not können wir uns aufeinander verlassen!

Auf ein Wort!

Wenn es an Ihrer Tür klingelt und sich jemand von der SPD vorstellt, so schenken Sie der Besucherin oder dem Besucher ein wenig Ihrer Zeit.

Wir von der SPD Lichterfelde West möchten Ihnen unsere Kandidat*innen für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung und unsere politischen Ziele für die Wahl im September vorstellen.

Gerne sprechen wir mit Ihnen über Ihre Ideen, wie wir unseren Kiez noch lebens- und liebenswerter machen können. Wir freuen uns immer, wenn wir mit Ihnen ins Gespräch kommen, wie wir es auch das Jahr über an unseren Infoständen Ecke Curtius- und Drakestrasse sowie im Schweizer Viertel an der Ecke Lausanner- und Glarner Straße tun.

Bis dahin! Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

WiLi gratuliert - den Kolleg:innen!

Schülerinnen und Schüler zweier Schulen in Lichterfelde West wurden im Januar 2026 für besondere journalistische Leistungen ausgezeichnet:

Beim jährlichen vom Tagespiegel initiierten Wettbewerb der Berliner Schülerzeitungen erhielt die Redaktion des „*Flugblatt*“ vom **Lilienthal-Gymnasium** den Sonderpreis des Regierenden Bürgermeisters von Berlin für besondere Berichterstattung über Europa mit ihrem Beitrag „Europa: Heute und in Zukunft“.

Den Sonderpreis zum Thema „Wie geht ihr miteinander um?“ konnte die Zeitung „*Senfgelb*“ des **Goethe-Gymnasiums** mit dem Artikel „Tatort Toilette – Was steckt hinter der Zerstörung?“ erringen.



Foto: Marie Stagat f.d. Tagesspiegel

Am Wettbewerb nahmen 50 Schülerzeitungen in verschiedenen Kategorien teil.

WiLi dankt – für klare Ansagen!

Wer am 13. Februar in Lichterfelde West unterwegs war, hat es vielleicht erlebt:

Ein Demonstrationszug bewegte sich von der Drakestraße zum S-Bahnhof. Schülerinnen und Schüler der Anna-Essinger-Gemeinschaftsschule zeigten im Rahmen einer Projektwoche zum Thema „Demokratie“ Gesicht gegen Hass, Rechtsextremismus und Ausgrenzung. Auch die politischen Parteien waren im Rahmen des Projekts zu diesem Spaziergang und thematischen Gesprächsrunden eingeladen.

Wir danken Euch für Euer Engagement, Eure klaren Ansagen und Euren Mut!

Stolperstein-Ehrung der Familie Kempner



Lydia Rabinowitsch-Kempner/Robert Kempner (Archiv Kempner/Flyer Stolpersteine)

Mit drei Stolpersteinen vor der Villa Potsdamer Strasse 58 A in Lichterfelde West werden seit dem 8. März 2026 mit **Frau Prof. Lydia Rabinowitsch-Kempner**, ihrem Ehemann **Dr. Walter Kempner**, und dem Sohn **Prof. Dr. Robert M.W. Kempner** herausragende Persönlichkeiten geehrt, die hier von 1911 bis 1935 wohnten.



Stolpersteine Potsdamer Str. 58 A

Prof. Lydia Rabinowitsch-Kempner wurde 1912 als erste Frau in Berlin und zugleich als zweite Frau in Preußen ein Professorentitel verliehen. Als Biologin arbeitete sie, wie auch ihr Mann, mit Robert Koch am Institut für Infektionskrankheiten und forschte zur Tuberkulose. Zugleich engagierte sie sich in der Frauenbewegung. Aufgrund ihrer jüdischen Herkunft wurde sie 1934 aus ihrer Tätigkeit gedrängt und verstarb ein Jahr darauf.

Ihr Ehemann **Dr. Walter Kempner** verstarb bereits 1920 an Tuberkulose wie auch ihre Tochter **Dr. Nadja Kempner (+1932)**, eine besonders tragische Familiengeschichte, forschten doch er und seine Frau an dieser damals besonders lebensbedrohenden Krankheit.

Der Sohn **Prof. Dr. Robert M.W. Kempner** war Schüler am Schiller-Gymnasium in Lichterfelde, studierte

Jörg Hennerkes

Jura und wurde 1933 aus dem Preuß. Innenministerium von Hermann Göring entlassen. Als Auswanderungsberater verhalf er anschließend vielen Juden ins Exil und ging selbst 1939 ins Exil in den USA. 1947 kehrte er als stellvertretender US-Hauptankläger in den Nürnberger Prozessen nach Deutschland zurück. Später war er als Anwalt in Frankfurt am Main tätig, wo er 1993 starb.



Familie Kempner mit den Kindern Walter, Nadja und Robert (Foto: wie vor)

Prof. Dr. Walter Kempner arbeitete als Mediziner am Kaiser Wilhelm-Institut für Zellphysiologie in Berlin und floh 1934 in die USA, wo er seine wissenschaftlichen Arbeiten fortsetzte. Er unterstützte viele bedrohte Freund*innen bei ihrer Emigration.

Er war ein enger Freund und Arzt des Dichters Stefan George. Sein Grab befindet sich neben Georges Ruhestätte in der Nähe von Locarno.



(Foto: Dr. Graffmann-Weschke 03/2021)

Das Ehrengrab des Landes Berlin der Familie Kempner befindet sich auf dem Parkfriedhof Lichterfelde.

Mehr Grün für den Platz des 4. Juli in Lichterfelde

Konrad Rux

Der Platz des 4. Juli in Lichterfelde verändert sein Gesicht. Die lange Zeit nahezu vollständig asphaltierte Fläche wird derzeit Schritt für Schritt in einen grüneren und klimaangepassten Stadtplatz umgebaut. Ziel ist es, aus dem bislang versiegelten Areal einen Ort zu machen, der sowohl der Umwelt als auch den Menschen im Kiez zugutekommt.

Insgesamt ist der Platz rund 27.000 Quadratmeter groß. Davon werden etwa 12.000 Quadratmeter entsiegelt, also vom Asphalt befreit. Statt harter Oberflächen entstehen künftig Wiesenflächen, neue Wege und Pflanzbereiche. Das Regenwasser kann dann direkt im Boden versickern, statt über die Kanalisation abgeleitet zu werden. Das entlastet bei Starkregen die städtische Infrastruktur und verbessert gleichzeitig das lokale Klima.

Auf Wunsch des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf bleibt ein Teil weiterhin versiegelt und wird vom Landesverband der Berliner Fahrschulen genutzt. Der überwiegende Bereich jedoch wird dauerhaft begrünt und öffentlich nutzbar gemacht.

Ein zentraler Bestandteil der Umgestaltung sind neue Bäume und Grünflächen. Rund 40 zusätzliche Bäume – darunter klimaangepasste, heimische Arten – werden gepflanzt und ergänzen die bereits vorhandenen Linden entlang des Parkfriedhofs Lichterfelde.

Der Platz des 4. Juli hat eine bewegte Geschichte. Ursprünglich war er Teil der nationalsozialistischen Planungen für die sogenannte „Welthauptstadt Germania“. Hier sollte ein Abschnitt eines großen Autobahnringes entstehen. Das Projekt wurde jedoch nie verwirklicht – der Platz des 4. Juli gilt heute als letztes sichtbares Relikt dieser nicht realisierten Infrastruktur.

Sie sorgen künftig für Schatten, verbessern die Luftqualität und schaffen Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Auch für die Menschen im Kiez soll der Platz attraktiver werden. Neue Wege, offene Grünflächen und mehr Aufenthaltsmöglichkeiten laden zum Spaziergehen, Verweilen und Begegnen ein. In direkter Nachbarschaft zum Wohnquartier am ehemaligen Telefunkenwerk entsteht so ein neuer öffentlicher Freiraum.

Die Umgestaltung ist Teil eines größeren Infrastrukturprojekts: Als sogenannte Ausgleichsmaßnahme kompensiert sie Eingriffe in die Natur durch den Ausbau der Dresdner Bahn südlich des Bahnhofs Südkreuz. Finanziert wird das Projekt daher von der Deutschen Bahn und dem Land Berlin.

Wenn alles nach Plan läuft, sollen die Arbeiten Mitte 2026 abgeschlossen sein. Für den Kiez bedeutet das: Aus einer großen Asphaltfläche wird ein grüner Stadtplatz – und ein neuer Ort zum Durchatmen.



So soll er aussehen, der Platz des 4. Juli!

Simulation: gruen-berlin.de/projekte/urbane-freiraume

Da war doch noch was! Jörg Hennerkes

Durch die vielen Kriege, Krisen und anderen negativen Vorkommnisse in der Welt ist der Klimawandel bei Vielen aus dem Bewusstsein und aus der Öffentlichkeit geraten.

Der Wirtschaftsentwicklung wird in der Politik oberste Priorität eingeräumt, als ob es nicht viele Anzeichen für eine dramatische unumkehrbare Veränderung unseres Klimas gäbe. Und dabei kann man beides positiv miteinander verknüpfen.

Natürlich können wir nicht die Welt retten. Aber wir können einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Kinder und Enkelkinder noch eine lebenswerte Welt durchleben können. Uns fehlt nicht das Wissen über die Notwendigkeiten. Vielfach fehlt uns die Bereitschaft, etwas zu tun.

Wir können zu Hause beginnen, beim Wassersparen oder bei der Abfalltrennung. Energie kann eingespart werden. Es finden sich immer mehr Wärmepumpen an den Häusern und Kollektoren auf den Dächern.

Oft können wir das Auto stehen lassen. Das gute ÖPNV-Angebot erlaubt uns, es immer häufiger zu nutzen. Wir sehen heute schon, dass immer mehr Menschen das Rad benutzen oder zu Fuß gehen.

Das Umsteigen vom Verbrennerauto zum E-Auto ist notwendig.

Für die immer größere Zahl von E-Autos gibt es gerade bei uns in Lichterfelde an vielen Laternen Ladestationen. Wir finden auch immer mehr Ladboxen an Häusern, die durch Kollektoren auf dem Dach gespeist werden.

Hier sollten auch auf Parkplätzen z.B. von Supermärkten Lademöglichkeiten angeboten werden.

Der Bezirk arbeitet am kommunalen Wärmenetz und an Maßnahmen der Klimaanpassung für öffentliche Räume.

Es gibt also viel zu tun. Jeder von uns kann einen Beitrag dazu leisten.

Packen wir es an!

Berlins Lebensversicherung

Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte leisten jeden Tag unverzichtbare Arbeit für unsere Stadt. Als innenpolitischer Sprecher ist es mir deshalb besonders wichtig, ihnen die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für ihre tägliche Arbeit brauchen.

Aus diesem Grund investieren wir im Doppelhaushalt 2026/2027 gezielt in moderne zusätzliche Einsatzfahrzeuge sowie zeitgemäße Ausrüstung für Polizei und Feuerwehr. In den vergangenen Jahren haben wir zudem über 2.000 Polizistinnen und Polizisten zusätzlich eingestellt.

Unser Ansatz bleibt klar: Wir setzen auf Prävention – aber wo bewusst Regeln gebrochen werden, greifen wir konsequent durch. Auch den Zivil- und Katastrophenschutz haben wir als Lehre aus dem Anschlag auf die Stromversorgung in Steglitz-Zehlendorf Anfang 2026 deutlich gestärkt.

Die Bezirke erhalten künftig jeweils zwei zusätzliche Stellen, um ihre Aufgaben in diesem Bereich effektiver erfüllen zu können.

Neben der Ausstattung müssen auch die gesetzlichen Befugnisse von Polizei und Rettungskräften angepasst werden. Mit der zweiten großen Novelle des Berliner Polizeigesetzes haben wir diese Befugnisse an die veränderte Sicherheitslage und den rasanten technologischen Fortschritt bereits angepasst.

Mit der nahezu abgeschlossenen Reform des Rettungsdienstgesetzes wollen wir die Berliner Feuerwehr und die Notfallrettung weiter entlasten.

Der Rettungsdienst wird dafür neu organisiert und stärker auf echte Notfälle ausgerichtet. Durch die neue Notfallkategorisierung konnte die Ankunftszeit bei besonders schweren Unfällen bereits auf unter neun Minuten gesenkt werden.



Das ist ein wichtiger Fortschritt, denn in solchen Situationen zählt jede Minute.

So setzen wir konkrete Verbesserungen für mehr Sicherheit in Berlin um und für die Menschen, die täglich für unsere Stadt im Einsatz sind.

Neues aus der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf

Alexander Niessen



Unser Bezirk von morgen: Neues aus der Stadtentwicklung

Wohnen ist das zentrale Thema für die Menschen in unserer Stadt. Deshalb ist es gut, dass die landeseigene Degewo nun einen beträchtlichen Anteil der Wohnungen im Neubaugebiet in Lichterfelde-Süd bauen will. Dem Investor fehlt dafür die Kraft. Auch am Steglitzer Kreisel geht es nicht vorwärts.

Gut, dass wir uns auf unsere Landeseigenen verlassen können, die für die Menschen und nicht den Profit arbeiten. Aber auch Sport- und Freizeit gehören zum guten Leben dazu.

Die SPD-Fraktion in der BVV arbeitet gemeinsam mit Stadträtin Carolina Böhm an einem Konzept für die Weiternutzung des lange geschlossenen, aber legendären Jugendortes Pop-In, damit junge Menschen wieder mehr Platz für Kunst und Kultur haben. Natürlich brauchen wir auch kleine Oasen im Kiez.

Die SPD-Fraktion fordert, dass die unansehnliche Verkehrsinsel an der Zusammenführung von Augusta- und Ringstraße zu einem kleinen Stadtplatz wird, der den wunderschönen Kiez aufwertet und ein kleines Stück zur Lebensqualität beiträgt.

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Die Bezirksverordnetenversammlung hat beschlossen, dass künftig der mehrsprachige Abreißzettel des Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in allen Damentoiletten des Bezirksamtes mit Publikumsverkehr angebracht werden. Betroffene erhalten am Hilfetelefon kostenlose Beratung.

Jugendhilfeausschuss beschließt Kinder- und Jugendparlament

Der Jugendhilfeausschuss hat die notwendigen politischen Weichen für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments gestellt. Das ist ein großer Erfolg für die SPD-Fraktion und die Jugendstadträtin Carolina Böhm.

Der Jugend gehört die Zukunft und Demokratie lernt man nur, wenn man mitmachen darf und gehört wird. Das Kinder- und Jugendparlament wird zukünftig genau dafür verbindliche Strukturen schaffen, damit junge Menschen an der Gestaltung ihrer Lebensrealität aktiv teilhaben können.

Das Besondere: junge Menschen waren an der Gestaltung des Gremiums aktiv beteiligt und konnten viele ihrer Forderungen einbringen. Nun muss die gesamte Bezirksverordnetenversammlung zustimmen und das Gremium eingerichtet werden.

Für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist das ein großer Gewinn!